

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Neuer Marksturz. - Dollar 25 000.

Vorübergehend bis 30 000!

Der gestrige schwächere Markkurs in New York veranlaßte im Auslandsverkehr ein stärkeres Anziehen der Devisenkurse. Heute vormittag setzte sich die Aufwärtsbewegung in stürmischem Ausmaße fort. Im vorbörslichen Verkehr nach 12 Uhr nannte man den Dollar mit 23 500, Holland mit 8800, England 108 000, Frankreich 1570, Belgien 1365, Polennoten mit 51. Kurz vor Festsetzung der amtlichen Kurse wurde der Dollar mit 24 1/2, recht lebhaft, um dann Haussebewegung anzunehmen und bis gegen 1 Uhr auf 30 000 R. zu steigen.

Bei der amtlichen Kursfestsetzung trat wieder ein Rückschlag ein, so daß der Dollar mit etwa 25 000 notiert wurde.

### Devisenkurse.

	18. April		17. April	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Weil-) Kurs
1 holländischer Gulden	9675.75	9724.25	9279.25	8820.75
1 argentinische Papier-Peso	9052.31	9097.69	7780.62	7769.38
1 belgischer Franc	1461.48	1468.52	1213.95	1220.05
1 norwegische Krone	4413.98	4438.07	3775.58	3794.47
1 dänische Krone	4688.25	4711.75	3990.02	3990.98
1 schwedische Krone	6588.30	6616.50	5620.91	5649.09
1 finnische Mark	—	—	590.52	595.48
1 japanischer Yen	—	—	10224.87	10275.68
1 italienische Lire	1211.96	1218.04	1048.88	1048.62
1 Pfund Sterling	114712.50	115257.50	98258.75	98746.25
1 Dollar	24937.50	25062.50	21156.97	21263.03
1 französischer Franc	1620.93	1620.07	1408.96	1416.04
1 brasilianischer Milreis	—	—	2304.22	2315.78
1 Schweizer Franc	4488.75	4511.25	3885.88	3887.62
1 japanische Pieta	3915.43	3894.57	3266.61	3283.19
100 österr. Kronen (abgefl.)	—	—	29.87	30.08
1 tschechische Krone	—	—	632.41	632.59
1 ungarische Krone	—	—	4.72	4.76
1 bulgarische Lewa	—	—	150.10	150.90
1 jugoslawischer Dinar	—	—	217.40	218.58

### Französischer Patentraub.

Paris, 18. April. (CC.) Eine französische interministerielle Kommission beschäftigte sich gestern mit dem Versailler Artikel 305, der bestimmt, daß deutsche Patente dem französischen Staat übergeben werden müssen, wenn es das internationale Interesse erheischt, selbst wenn diese Patente durch freie Verträge bereits französischen Staatsbürgern überlassen wurden. Gestern beschäftigte sich die Kommission mit den sogenannten Melhuar-Patenten, die besonders für die radio-elektrische Technik Bedeutung haben. Mit 9 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung, drückte die Kommission den Wunsch aus, daß alle Verträge die mit Franzosen abgeschlossen wurden, als null und nichtig erklärt werden sollten. Ferner sprach die Kommission den Wunsch aus, daß die Ausbeutung dieser Lizenzen französischen Konstrukteuren gefaßt werde, die darum ersuchen. Die für die Ausbeutung dieser Patente erhobenen Summen werden in die Reparationskasse der zerstörten Gebiete gezahlt. Eine zweite Sitzung der Kommission wird in nächster Zeit stattfinden, um über eine große Zahl anderer deutscher Patente zu entscheiden.

### Schiedspruch in Reparationsachen.

Paris, 18. April. (WB.) Die Reparationskommission beschäftigte sich mit den Kosten für die Besatzungsarmee. Sie hat jedoch angesichts der noch nicht beendeten Verhandlungen zwischen den alliierten europäischen Regierungen und den Vereinigten Staaten keine Entscheidung getroffen. Die Kommission verhandelte hierauf über die Auslegung des Versailler Artikels 260, betreffend die Übertragung der deutschen Rechte und Interessen aller deutschen Unternehmungen oder Konzessionen in Rußland, China, Oesterreich, Ungarn, Bulgarien der Türkei usw. an die Reparationskommission. Da die Auslegung, die die deutsche Regierung diesem Paragraphen gibt, einschränkender ist als die der Reparationskommission, namentlich was die deutschen Eisenbahnen in der Türkei betrifft, hat die Reparationskommission beschlossen, diese Frage einem Schiedspruch zu unterwerfen. Die Reparationskommission hat ferner eine gewisse Anzahl von Sachleistungen, die Deutschland ausführen soll, namentlich von Plastersteinlieferungen an Frankreich und Lieferung von Apparaten an Italien festgesetzt.

### Die Ausweisung des Reichskommissars.

Paris, 18. April. (CC.) Zu der von der Rheinlandkommission beschlossenen Ausweisung des deutschen Rheinlandkommissars, Fürst Hatzfeldt, erzählt Pertinax im „Echo de Paris“, daß diese Maßnahme bereits gelegentlich der Brüsseler Konferenz am 12. März zwischen Poincaré und Rheunin beschlossen worden war. Die Anwendung wurde aber verzögert, weil man die Zustimmung der englischen Regierung einzuholen versuchte, was aber nicht gelang. Am letzten Sonnabend gelegentlich der Pariser Konferenz entschloß man sich, eine Abstimmung in der Rheinlandkommission herbeizuführen. Der Beschluß der Rheinlandkommission wurde mit Stimmenmehrheit gefaßt. Damit verschwinden, wie Pertinax berichtet, aus der letzten Spuren der französisch-englisch-amerikanischen Abmachung vom 28. Juni 1919, die Frankreich von Wilson auferlegt wurde und die es Frankreich zur Pflicht

macht, im besetzten Gebiet die Freiheit des Deutschen Reiches zu respektieren. D. h. in der Auslegung von Pertinax: Die Besetzung „sicherlich und unwirksam“ zu gestalten. Künftig aber werde eine neue alliierte Politik beginnen, der das Reich nur dann Widerstand leisten könne, wenn es seinen Selbstmord beabsichtige.

### Erklärungen im Unterhaus.

Im Unterhaus teilte Lord Bolmer auf eine Anfrage mit, er habe Grund zu der Annahme, daß die Einfuhr nach England aus dem unbesetzten deutschen Gebiet sehr gering sei. Es sei keinerlei Teil der Politik der Besatzungsbehörde, die Einfuhr aus dem besetzten Gebiet nach England zu vermindern. Sie habe tatsächlich Schritte unternommen, sie zu erleichtern, aber die Einfuhr sei so gut wie unmöglich gemacht worden durch die Haltung der deutschen Regierung (1), die sich weigere, Firmen zu gestatten, Waren unter Lizenz zu liefern, die von der zuständigen französischen Lizenzbehörde ausgegeben seien.

Lord Cavendish Bentinck fragte, ob die Regierung protestieren werde gegen Aktionen der französischen Behörden im Ruhrgebiet, wie die Ausweisung zahlreicher deutscher Arbeiter aus ihren Wohnungen, da dies wahrscheinlich den Streit in die Länge ziehen und die britische Mitwirkung bei der Reparationsfrage behindern würde. Unterstaatssekretär McNeill erwiderte, er könne keinerlei derartige Zusätze machen. Lord Bentinck fragte hierauf, wann sich die Regierung frei fühlen werde, britische Ideale geltend zu machen und britische Interessen aufrechtzuerhalten. Abg. Biscourt Curzon richtete die Zwischenfrage an die Regierung, ob sie dem Hause erklären werde, daß sie keine Aktion unternommen werde, die als feindlicher Akt gegen Frankreich erscheinen werde. Abg. Davison fragte hierauf, ob es nicht Tatsache sei, daß die Deutschen versäumt hätten, ihre Pflicht aus dem Versailler Vertrag zu erfüllen. McNeill erwiderte, die Regierung werde bei jeder Möglichkeit die britischen Interessen hochhalten, sie habe jedoch nicht die mindeste Absicht, eine Politik der Radikalität gegen Frankreich zu verfolgen. (Beifall auf der Regierungsseite.) Lord Bentinck fragte hierauf, wer dafür verantwortlich sei, daß Voucher den Eindruck erhalten habe, daß England der Politik Frankreichs günstig sei. Auf diese Frage erfolgte keine Antwort.

### Interessante Enthüllungen.

#### Belgisches Urteil über die Rede Rosenbergs.

Paris, 18. April. (CC.) Der Brüsseler Korrespondent des „Devoir“ zog in offiziellen Kreisen Erundigungen über die Auslassung der Rede Dr. von Rosenbergs ein und erfuhr folgendes: Unter gewissen Umständen hauptsächlich aus Finanzkreisen verurteilt Deutschland, mit den Alliierten zu sprechen, doch will es feste Vorschläge zweifellos aus Eigenliebe nicht machen. Aber Deutschland streckt die Fühler aus. In der Rede des Außenministers Rosenberg war von Angehören des Staatssekretärs Bergmann, die für die Pariser Sanwarkonferenz bestimmt waren, zum ersten Male die Rede. Der deutsche Gesandte in Brüssel, Landsberg, und der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Rayer, begaben sich damals zum belgischen Außenminister Jaspard bzw. zu Perretti della Rocca auf dem Quai d'Orsay und teilten ihnen mit, daß die deutsche Regierung den Wunsch habe, der Pariser Konferenz Reparationsvorschläge zu machen.

Auf Seiten der Alliierten zeigte man sich geneigt, sie anzuhören, aber nur unter der Bedingung, daß die Vorschläge schriftlich überreicht würden.

Dieser Forderung trug Dr. Bergmann keine Rechnung. Sie war aber durchaus berechtigt, da Poincaré und Bonar Bau ihre Vorschläge gleichfalls schriftlich aufgegeben hatten.

Wenn Deutschland im Januar ernsthafte Verhandlungen führen wollte, so hätte es ebenfalls schriftliche Vorschläge überreicht. Indem aber Deutschland sein Projekt nunmehr öffentlich darlegt, macht es einen Schritt nach vorwärts.

Der Korrespondent des „Devoir“ fügt hinzu, daß man sich in Brüsseler offiziellen Kreisen über den Inhalt des Bergmannschen Projektes größte Reserve auferlegt.

### Es fracht im Gebälk...

#### Rücktritt der katholischen Minister Mussolini.

Rom, 18. April. (CC.) Die italienische Ministerkollision ist ausgebrochen. Der der katholischen Volkspartei angehörende Minister Covazzoni und die Unterstaatssekretäre Bassolo, Miliani und Orsini hatten gestern mit Mussolini eine Besprechung. Der Ministerpräsident wünschte Aufklärung über das Programm der Volkspartei und unabweisliche Erklärungen darüber, ob die Partei seine Politik mitmachen wolle. Covazzoni und dessen Freunde stellten Mussolini ihre Portefeuilles zur Verfügung, doch erklärten sie, daß die große Mehrheit der Partei mit der Regierung zusammenzuarbeiten wüßte. Mussolini nahm diese Erklärung zur Kenntnis, behielt sich aber seine endgültige Entscheidung vor.

Der Turiner Parteitag der Popolari hatte einen für die Faschisten insofern recht peinlichen Ausgang genommen, als die Mehrheit unter Führung des volkstümlichen Priesters Don Sturzo es ablehnte, sich auf eine unbedingte Unterstützung der Bolschewikern zu verpflichten, wie es der rechte Flügel verlangte, vielmehr sich scharf gegen die Diktatur auszusprechen. Der Rücktritt der katholischen Kabinettsminister ist eine Rückwirkung dieses Beschlusses und dürfte nicht ohne diese Rückwirkungen auf die ganze politische Entwicklung in Italien bleiben, wenn auch nicht sofort, so doch in absehbarer Zeit.

## Ein Jahr Arbeiterkammer.

Der erste große Arbeiterschutz-Gesetzentwurf, der im alten Deutschen Reichstage zur Beratung kam, war von den sozialdemokratischen Abgeordneten als Antrag Frigische-Bebel im Jahre 1877 — ein Jahr vor dem Sozialistengesetz — eingebracht worden. Schon dieser Antrag und noch ausführlicher der spätere, hauptsächlich von Bebel bearbeitete Initiativantrag von 1884/85 enthielt bereits als eine der wichtigsten Forderungen die auf Schaffung von Arbeiterkammern. Diese Kammern sollten in bezug auf die Interessen der Arbeiter ähnliche Befugnisse haben wie die Handels- und die späteren Handwerkskammern für die Interessen des Unternehmertums. Selbstverständlich blieben die Anträge der Sozialdemokraten unerledigt und sie hatten nur die eine Wirkung, daß aus dem großen Entwurfe die bürgerlichen Parteien und die Regierung abwechselnd einige Gedanken herausnahmen und sie in Form eigener Anregungen zur Beratung brachten.

Die Forderung nach Arbeiterkammern ist später auch in das Erfurter Programm der Sozialdemokratie aufgenommen und vor allem von den Gewerkschaften stets erhoben worden. Nach der Revolution hatte die sächsische Regierung, wie seinerzeit an dieser Stelle mitgeteilt wurde, einen Gesetzentwurf über Arbeiterkammern ausgearbeitet. Er ist jedoch infolge der Auflösung des Landtages bisher nicht zur Beratung gekommen. Das einzige deutsche Land, in dem bisher der Versuch mit einer Arbeiterkammer gemacht worden ist, blieb der Freistaat Bremen.

Das Unternehmertum in Bremen hat 1921 die Schaffung einer Arbeiterkammer befürwortet. Es war damals der Meinung, daß mit der Errichtung der Arbeiterkammer die weitergehende Forderung auf Schaffung von Bezirkswirtschaftsräten auf den Sanft-Kimmerleinstag verschoben werden könnte. Heute besteht in diesen gleichen Unternehmertreuen freilich die Ansicht, daß man klüger gehandelt hätte, wenn sowohl das eine wie das andere verhindert worden wäre. Diese Enttäuschung ließ man dem der bremischen Arbeiterkammer merken, die nun ein Jahr des Kampfes um ihre Existenz und ihren Ausbau hinter sich hat. Ihre finanzielle Grundlage ist ungesichert, ihre Existenz und ihr Ausbau für 1923 ungewiß. Die ihr zur Verfügung gestellten Staatsmittel sind, wie wir ihrem Jahresbericht in der „Bremer Volkszeitung“ entnehmen, infolge der Geldentwertung zusammengeschrumpft. Am Jahresabschluss betrug die Summe nur noch den Teilbetrag eines Monatsgehalts! Die vom Staat gewährten Kredite genühten nicht einmal zur rechtzeitigen Entlohnung der beiden Angestellten. Nach dem Kammergesetz haben zwar alle über 18 Jahre alte Arbeiter das Wahlrecht zur Kammer, die Beitragspflicht ist jedoch auf die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen, d. h. auf die organisierten Arbeiter beschränkt. Der Forderung auf allgemeine Beitragserhebung durch Lohnabzug fehlten die Unternehmertreue den größten Widerstand entgegen.

Die Handels- und Gewerkekammern erklärten, sie könnten den Arbeitgebern nicht zuzumuten, für eine gegen sie gerichtete Einrichtung Beiträge zu erheben. Die Existenz der Kammer soll jetzt auf dem Wege über die Krankenkassen gesichert werden.

Das kurz unrichtige Arbeitsprogramm sieht vor: Feststellung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter im Bremischen Staatsgebiet; Feststellung des Verbrauchs der Lohnempfänger durch eine Verbrauchstatistik; Bearbeitung des Wohnungswesens, der Sozialgesetzgebung und des Arbeiterrechts; Wahrung der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft durch die Presse.

„Alles dies“, so heißt es in dem Bericht, „konnte mir erst in Angriff genommen werden. Zur Durchführung gehört Geld und Arbeitskräfte; beider aber stand nicht zur Verfügung“. Selbst die Beschaffung der nötigen Räumlichkeiten machte große Schwierigkeiten. So mußte sich die Kammer zunächst auf die Erstattung von Gutachten und Mitwirkung bei wirtschaftlichen Maßnahmen beschränken.

Die Währungsverschlechterung bezeichnet der Bericht als ein für die Unternehmer willkommenes Mittel, den Reallohn zu drücken. Für die Kartoffel-, Zucker- und Fleischversorgung hat der Staat in Bremen Milliarden an Kredit gewährt. Der Großhandel ist bei diesen Staatsverleihen dazwischen geschoben worden und hat in vielen Fällen mühseligen Gewinn erzielt. Im Kleinhandel war trotz der starken Verminderung der Kaufkraft der konsumierenden Bevölkerung eine Zunahme der Feinwaren- und Feinkostgeschäfte zu bemerken. Der Grundsatz: „Kleiner Umsatz — großer Nutzen“ bekomme immer mehr Geltung. Im Gegensatz zur Industrie werde bei Arbeitsmangel — an der Kaufkraft gemessen — nicht die Arbeitskraft (die Zahl der Geschäfte) vermindert, sondern die Preisspanne erhöht. So sei für die Verbraucher nur der Preisregulierungsfaktor als Gewinn der staatlichen Maßnahme geblieben. Gefordert wird daher die Verteilung der vom Staate beschafften Waren durch gemeinnützige Genossenschaften.

Erwähnt wird die Verarmung eines Teils des Mittelstandes, die durch Inanspruchnahme der in Sparkassen, Banken und Hypotheken angelegten Gelder durch die Kriegsanleihen um ihr kleines Vermögen gebracht wurden. Der starke, wozu kein Maßstab durch die Geldentwertung habe man lediglich das Verlangen nach Soziallöhnen entgegenzusetzen gewußt.

Man sage, daß die ledigen Arbeiter im Verhältnis zu den verheirateten zu viel verdienen, die ungelern-



ten zu viel gegenüber den Facharbeitern und diese wieder zu viel gegenüber den Angestellten und Beamten. „Inzwischen aber ist die Lohnrate aller Lohn- und Gehaltsempfänger so gesunken, daß sie nur noch das nackte Leben fristen können.“ Die Ueberwachungsstelle der Lebensmittelkommissionen habe den guten Willen bekundet, die Auswüchse im Handel und Gewerbe zu unterbinden, doch müßten die rechtlichen Befugnisse der Kontrolleure erweitert werden. Dem Arbeiter fehle als Käufer noch das Bewußtsein seiner Macht, die der genossenschaftliche Zusammenschluß für ihn bedeutet. Auch auf dem Gebiete des Wohnungsbaues und des Mieterschutzes gibt es für die Kammer noch viele Arbeit.

Bezüglich der Abgrenzung des Gebietes für einen Bezirkswirtschaftsrat hat sich die Kammer für ein Wirtschaftsgebiet „Wefer-Eme“ mit den angrenzenden Gebieten Hannovers erklärt, was im Bericht begründet wird. Die Unternehmer wenden sich gegen eine Zusammenlegung mit großen Wirtschaftszentren, weil sonst höhere Löhne gezahlt werden müßten. Sie frohlocken schon jetzt, daß die „Undurchführbarkeit der Bezirkswirtschaftsräte“ erwiesen sei. Paritätische Kammern (ein Hineinsproppen der Arbeiter in die Handels- und Gewerbetammern) bezeichnet der Bericht als unzumutbar. Die Wirtschaftskammern seien Interessenvertretungen, deren Gedeihen von der Mitarbeit der von ihnen vertretenen Wirtschaftskreise abhängt. Bei Errichtung paritätischer Kammern würden Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft sofort das Schwergewicht ihrer Interessenvertretung in die Wirtschaftsbünde, Industrieverbände und ähnliche Organisationen legen. Die Arbeitnehmer würden nicht anders handeln. Wir hätten so in den paritätischen Kammern tote Wirtschaftsgebilde.

Das Vertrauen der Arbeitnehmer zur Gesetzgebung, sagt der Bericht weiter, ist im letzten Jahre schwer erschüttert worden. Kein Fortschritt auf dem Gebiete der Bezirkswirtschaftsräte; keine Verabschiedung der Gesetze über die Arbeitslosenversicherung, das Arbeitszeitgesetz, das Hausgehilfengesetz! Auf allen Gebieten des Arbeitsrechts und der Sozialfürsorge sei man bestrebt, die Revolutionsverordnungen der Revolutionszeit durch verschlechterte Gesetze abzulösen. So sei der Entwurf eines Gesetzes über den Abbruch und die Stilllegung gewerblicher Betriebe und über die Streckung der Arbeit (Stilllegungsgesetz) ein überaus magerer Aufguß, eine Verschlechterung der Verordnung vom 12. Februar und 8. November 1920. Das Arbeitsnachweisgesetz sei ohne Vermittlungszwang für den Unternehmer verfehlt.

Selbstverständlich ist der bremische Versuch, Arbeitskammern auf einem beschränkten Gebiete zu errichten, durchaus zu begrüßen. Und wenn die bremische Arbeiterschaft sich gegen die Sabotage dieser ersten sozialpolitischen Maßnahme großen Stiles wehrt, so handelt sie damit gleichzeitig im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Nach der Revolution sind leider sehr viele der Probleme ungeklärt geblieben, die von den Arbeitern als wichtig und als unausweichlich angesehen wurden. Es ist deshalb zu wünschen, daß, solange das Reich sich nicht zu einer einheitlichen Gesetzgebung auf diesem Gebiete aufschwingen kann, die einzelnen Länder ihm mit gutem Beispiel vorangehen. Und so dürfen wir der bremischen Kammer der Arbeit wünschen, daß sie in der Geschichte der deutschen Sozialpolitik sich einen guten Namen als Anfang in dem großen Reiz der organisatorischen Vertretung der Arbeiterinteressen sichert.

### Nach Stresemanns Rede.

Die Reichstagsdebatte über die auswärtige Politik wird heute zu Ende gehen, wie es bisher erscheint, leider ohne ein klares Ergebnis. Die Frage, ob Deutschland einen bestimmten Vorschlag zur Lösung des Konflikts mit Frankreich machen solle oder nicht, steht im Vordergrund. Wie ist sie beantwortet worden? Von Rosenberg mit einem nicht ganz klaren Nein, von Müller mit einem klaren Ja, von Stresemann mit einem beinahe ganz klaren Ja. Die Sprecher

der Parteien, die zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie liegen, haben geglaubt, den Reichsaußenminister mehr oder weniger vorbehaltlos unterstützen zu müssen und haben ihre Haltung der seinen angepaßt.

Was ergibt sich daraus? Erstens daß Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei sich über die Lösung des Konflikts Gedanken machen, die sich die Regierung nicht macht oder noch nicht machen will, zweitens, daß zwischen den Parteien der Arbeitsgemeinschaft keine volle Uebereinstimmung besteht, drittens daß die Regierung in diesem Augenblick die Führung nicht so fest in der Hand hat, wie es in der gegenwärtigen kritischen Situation sein müßte. Es ist zwar nicht so, wie die „Kreuzzeitung“ sagt, daß alle bürgerlichen Redner ein neues Angebot ablehnten und nur Stresemann sich der bürgerlichen Koalition verweigert, und auch der Ausruf der „Deutschen Zeitung“: „So erfüllungsbereit wie Herr Stresemann war im ganzen Reichstag keiner!“ enthält eine gewisse Uebertreibung. Die bürgerlichen Mittelparteien stehen nun etwas verdrückt zwischen Rosenberg und Stresemann und wissen nicht recht, mit wem sie gehen sollen. Dennoch bleiben Unklarheiten und Unstimmigkeiten, die nicht lange getragen werden können.

Die Regierung kann diesen Unklarheiten ein Ende machen, indem sie erklärt, sie sei zu einem Verhandlungsangebot bereit, und indem sie dieser Erklärung die entsprechende Tat folgen läßt. Sie wird dann den Reichstag mit Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten Linken für sich haben. Verträgt sich ein solcher Beschluß mit Rosenbergs Rede? Ueber diese Frage soll man sich keine grauen Haare wachsen lassen. Erstens ist diese Rede, wie der Verlauf der Debatte gezeigt hat, sehr interpretationsfähig, zweitens aber bleibt der Grundlag bestehen, daß eine Veränderung der Lage eine Veränderung der Taktik erfordert. Eine Veränderung der Lage ist innerpolitisch durch die Rede Stresemanns, außenpolitisch durch die Ausarbeitung eines französisch-belgischen Planes eingetreten. Die Regierungen von Paris und Brüssel kümmern sich wenig um den Widerspruch, der darin zu liegen scheint, daß sie vor ein paar Tagen Deutschland die Pflicht zu neuen Vorschlägen zuschoben, heute aber selber an ihre Ausarbeitung gehen. Sie tun damit, ohne übertriebene Konsequenzenmache, was die Stunde in ihrem Interesse zu fordern scheint.

In Deutschland ist die Lage in diesem Augenblick etwas vermorren. Aber Herr v. Rosenberg kann sie heute noch mit ein paar Worten retten!

### Günstige Aufnahme in Frankreich.

Paris, 18. April. (Eco.) Die gestrige Rede Stresemanns im Reichstag wird von einem Teil der Berliner Korrespondenten der französischen Blätter außerordentlich günstig beurteilt. Der Korrespondent des „Petit Parisien“ erklärt, es sei ausfallen, daß die Rede Stresemanns besonders von den Sozialdemokraten freundlich aufgenommen worden sei. Der Korrespondent des „Echo de Paris“ schreibt, die Rede Stresemanns bedeute einen kleinen Fortschritt. Seine Ausführungen hätten jedoch mehr Wert gehabt, wenn sie Herr v. Rosenberg gemacht hätte. Jedoch dränge sich die Bemerkung auf, daß die Meinungen, die die Führer der Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteier im Reichstag geäußert hätten, in den wichtigsten Punkten von den durch Cuno oder Rosenberg geäußerten Gedanken abwichen. Das Kabinett Cuno vertrete anscheinend nicht mehr die Meinung der parlamentarischen Reize der Mitte. Es sei dies eine Feststellung, die in den kommenden Wochen voraussichtlich immer mehr zutage treten werde. Die Führer der Sozialisten, Demokraten und Volksparteier hätten in ihren Reden darauf hingewiesen, daß die augenblickliche Politik geändert werden müsse. Aber es würde ihnen durch Worte allein nicht gelingen, eine Reorientierung der Politik herbeizuführen.

Der Berliner Korrespondent des „Journal“ schreibt: „Stresemann hat sich geschickter und höflicher ausgedrückt als Rosenberg, aber seine Rede hat alle diejenigen enttäuscht, die hofften, daß er darauf verzichten würde, eine unruhigbare Potemkin'sche Polzars zu führen.“ Der Korrespondent des „Matin“ bemerkt, daß man in Berliner politischen Kreisen vielfach darauf hin-

gewiesen habe, daß Stresemann eine viel gemäßigtere und positivere Rede gehalten habe als Rosenberg. Die Erläuterungen, die er zu den Erklärungen des Ministers des Außenen gegeben hätte, wären zweifellos mit Billigung der Regierung erfolgt.

### Unnatürliche Paarung.

#### Zum Reichsschulgesetz im Reichstagsausschuß.

Die kulturpolitisch unnatürliche Paarung von Demokraten, Volksparteiern, Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist äußerlich fruchtbar im Bestehen von Mißgeburten. Kaum hatten sich die Demokraten mit der „Christlichen Gemeinschaftsschule“ kompromittiert und dadurch die ganze freibeitlich gesinnte Lehrerschaft und den eigenen Parteiauschuß gegen sich aufgebracht, so verschwand dieser Anirag auf Veranlassung der Demokraten in den Verhandlungen der Kompromißparteien und machte einem neuen Anirag Platz, der zwar nicht ausdrücklich die christliche Gemeinschaftsschule festlegt, dennoch aber seinen Bestimmungen nach ebenso reaktionär ist wie der frühere.

Zwar versicherten die Demokraten, daß die religiös-sittliche Grundlage und die Pflege der aus dem Christentum erwachsenen Werte, die sie für den Geist der Gemeinschaftsschule fordern, ohne „jeden dogmatischen Unterion“ gemeint sei, doch wächsen Werte, die sie für den Geist der Gemeinschaftsschule nicht ohne Christentum denken und verlangen, daß der Lehrer an der Gemeinschaftsschule wenigstens gottgläubig (!) sei. Das kluge Zentrum dagegen schweigt sich trotz mehrfacher Anfragen von sozialdemokratischer Seite über den Sinn des neuen Kompromißantrages im Vertrauen auf die ihnen gefügigen Schulbehörden bedeutsam aus.

Vor allem ist aber dem Lehrer an der Gemeinschaftsschule keinerlei Sicherheit gegen den frömmelnden Eifer der Kirche und der Religionsgemeinschaft gegeben. In der Bestimmung der Konfessionsschule, wie sie der neue Kompromißantrag vorsieht, schweigt das Zentrum geradezu in der Durchsetzung aller seiner Ziele. Es begnügt sich nicht damit, daß der Unterricht im Geiste des Bekenntnisses sein soll, sondern der Lehrer muß auch im Geiste dieses Bekenntnisses erziehen, und wehe ihm, wenn er nicht auch ein vorbildliches kirchliches Leben außerhalb der Schule führt, wenn er nicht häufig genug die Kirche besucht, nicht alle Gebräuche und Sitten seiner Kirche heilig hält, oder wenn er es gar wagen sollte, eine Frau aus einer anderen Konfession zu heiraten! — Nach diesem famosen Entwurf, den die Demokraten mitunterzeichnet haben, sollen die herkömmlichen religiösen Übungen und Gebräuche zwangsweise in der Schule gepflegt werden, sie dürfen nur den Unterricht im ganzen nicht beeinträchtigen; Lehrpläne und Lehrbücher sollen den Bedürfnissen der Kirche angepaßt werden; und die einzelnen Lehrfächer sind nicht etwa sachwissenschaftlich selbständig, sondern nur lehrplanmäßig, d. h. sie müssen als gesonderte Lehrfächer gegeben werden, können aber sonst durchaus von den Ansprüchen der Kirche diktiert werden. Die Ausbildung der Lehrer für die Konfessionsschulen ist konfessionell, wenn man auch mit Rücksicht auf die Reichsregierung hinzugefügt hat „unbeschadet der Einheitlichkeit der Lehrerbildung“.

Den konfessionellen Schülern sollen reichsgefehllich besondere Vertretungen in den Schuldeputationen und Schulvorständen gesichert werden, und die Schulaufsichtsstellen sollen konfessionell besetzt werden. Auf Befehl der Erziehungsberechtigten oder der Religionsgesellschaften muß eine Untersuchung eingeleitet werden, ob der Lehrer nach diesen weitgehenden Ansprüchen der Kirche genügt. Die Schulaufsichtsbehörde ist verpflichtet, für Abhilfe zu sorgen.

Wer wüßte nicht, was das für den armen Lehrer bedeutet! Will er sich nicht der Verfehlung oder der Disziplinierung aussetzen, so ist er ohne jeden Schutz dem „frommen Eifer“ der Geistlichen oder der Gläubigen seiner Religionsgesellschaft ausgeliefert. Und bei Verfehlung hat er nicht ein-

### Der neue Leiter der Volksbühne.

Seitdem es feststand, daß Kayhler aus der Volksbühne ausscheidet, haben sich Verwaltung und künstlerischer Ausschuß der Volksbühne eifrig mit der Frage seiner Nachfolgerschaft beschäftigt. Die Wahl ist jetzt gefallen: Friz Holl, der bisherige Oberregisseur am Stuttgarter Landestheater, wurde berufen und wird in der neuen Saison seine Tätigkeit eröffnen.

Friz Holl wurde breiteren Kreisen zunächst in den letzten Jahren vor dem Kriege als Regisseur des Düsseldorf'schen Schauspielhauses unter Luise Dumont bekannt. Nachdem dort nach der Revolution Luise Dumont vorübergehend die Leitung niedergelegt hatte, übernahm er zusammen mit Paul Hendels die Direktion des Theaters und verstand es, dabei sein Ansehen in der künstlerischen Welt womöglich noch zu erhöhen. Von Düsseldorf wurde Friz Holl dann nach Stuttgart berufen. Hier leitete er als Oberregisseur unter dem Intendanten Rehm, der sich vornehmlich der Oper widmete, den Schauspielbetrieb. Nach allem, was darüber bekannt geworden ist, hat er damals Ungewöhnliches geleistet. In zäher Arbeit gelang es ihm, einen Spielplan durchzuführen, der völlig auf das höchste Unterhaltungsstück verzichtet. Die neue Art der holl'schen Inszenierungen gab den Stuttgarter Schauspielvorstellungen eine Anziehungskraft wie nur in wenigen anderen deutschen Städten. Nach allem, was man über Holl weiß, darf man also wohl annehmen, daß er ein zielbewußter und stark begabter Theaterleiter ist. Ob er den Posten, den er hier in Berlin bestreiten soll, voll auszufüllen imstande sein wird, muß sich natürlich noch erweisen.

Da es sich bei dem Theater am Bülowplatz um eine Bühne von ganz einzigartiger Einstellung im deutschen Kulturleben handelt, da hier ein Theaterleiter ganz andere Möglichkeiten für ein künstlerisches Schaffen aufweisen muß als irgendwo sonst, so hat die Frage der Nachfolge Friedrich Kayhlers erklärlicherweise außerordentlich lebhaft Debatten in der Öffentlichkeit hervorgerufen.

Alle möglichen Theaterleute wurden für den Posten empfohlen. Für einige von ihnen wurde in einer gewissen Presse dabei eine so ungewöhnliche Propaganda entfaltet, daß sie geradezu peinlich wirken müßte. Wenn jetzt weder Karlheinz Martin noch der Darmstädter Intendant Hartung von den leitenden Stellen des Vereins Volksbühne berufen wurden, so mag das für manche eine Ueberraschung bedeuten. Die Volksbühne hat aber dabei wahrscheinlich nicht übel gehandelt. Zweifellos haben Martin, Hartung und auch andere benannte Kandidaten eine starke künstlerische Bedeutung. Aber sie sind ausgesprochene Vertreter einer bestimmten Richtung. Sie neigen zu Uebersteigerungen eines gewissen Stiles, zum Sensationellen. Es wäre die Frage, ob gerade ein Volksbühnentheater für sie der richtige Boden sein kann. Von Holl muß man nach allem, was von ihm bekannt geworden ist, annehmen, daß auch er eine persönliche Note hat. Aber man darf bei ihm mehr erwarten, daß er er sich dem

Wert, der Dichtung untrügend. Eine solche Bescheidenheit, verbunden mit wirklichem künstlerischen Feingefühl und wahrhaftem Können, ist aber das, was den wirklich großen Theaterleiter macht.

Zweifellos ist Berlin ein anderer Boden als Stuttgart. Holl wird alle Kräfte anspannen müssen, um sich in Berlin durchzusetzen. Er wird viel Skepsis zu überwinden haben gerade bei denjenigen, die in der Presse andere Kandidaten empfahlen. Er wird im wesentlichen mit einem Personal zu arbeiten haben, das bereits von seinem Vorgänger engagiert wurde. Ein Theater, das sich auf eine Volksbühnengemeinde stützt, soll nach Möglichkeit Ausdruck, Widerspiegelung der besonderen kulturellen Interessen dieser Gemeinschaft sein. Das macht jene enge Zusammenarbeit mit den Vereinstinstanzen, die das Vertrauen der Mitglieder berief, zur absoluten Notwendigkeit. Friedrich Kayhler hatte für diese Notwendigkeit augenscheinlich nicht das genügende Verständnis. Hoffentlich verwickelt Holl das, was man hier von ihm erwarten muß, zum Segen der Kunst und der Volksbühne.

Menuett und Jastrige. Damit Gerechtigkeit geschehe: Die Russen haben sich doch ein Spätstück nach dem Zukunftstheater eröffnet, indem sie das Theater vom Verstande befreiten. Ohne Titel sei das festgesetzt. Sie schaffen das Theater als moralische Anstalt ab. Sie befehlen das Theater der Ehe, sie drängen zum Theater des Phantasiespiels. Und die Scharte der Scribenten „Drienne Recourneur“ diem ihnen als Gerüst, an dem sie hübscher und unterhaltender als bisher ihre Kletterkünste zeigen. Da ist eine Theatergarderobe zu sehen, und der Kulissenmaler hat auf einer Sockel aus buntesten Brettern einen heiligen gesetzt. Es ist hartlein, wiederum aus buntesten Lappen zusammengestoppelt. James — Hanswurst registriert. Man laßt ins Häußchen, trotzdem gleitet ein wenig Nachdenklichkeit ins Blut und ins Gehirn.

Diese russischen Menschen werden sehr leicht zu romanischen Menschen: im Anziehen, im Berschränken und Dehnen der Arme, im Tragen des entzündenden Schäfers und Grandenkostüms, im Geziere des Mundes. Es liegt auf allem und jedem ein zauberhaftes Schönheitspflasterchen. Dattou und Schaffammer-memoiren, die sich olympisch ausfloßieren, obwohl sich nichts als die unteren Regionen des Lebens, die Nabelwelt und niemals die Ueberwelt enthüllen.

Gewiß, es gibt auch aus diesen Bezirken einen Auszug ins Göttliche, aber es ist ungeheuer schwierig, die Blumenbrüde, über die er fährt, mit Geistesüblichkeit und nicht nur mit Papierbegeisterung zu überschütten. Ja, dieses Liefere, dieses Tragische, dieses Menschliche fehlt überall. Wenn das die Zukunft des Theaters und seine Aufstellung ist, dieses Gemisch aus tänzelndem Menuett und ländernder Jastrige, dann werden wir sehr arm sein, noch ärmer als bei der Herrschaft des Kaffeestills. Bei Kaffe handelt es sich doch ab und zu um das Problem: wieviel Kopf brauche ich, um am besten meinen Nebenmenschen zu betrügen. Bei den Moskauer Kammermusikern handelt es sich nur um das Problem: wieviel Kamut brauche ich dazu, um am nettesten meinen Nebenmenschen zu beschloßen. Kaffeestill ist darum Zeitlich, Moskauer Kom-

merstil ist darum unmodern, auf die Dauer läßt er die Nerven, er überpubert sie mit zu viel Goldstaub und Lavendel. Sein Zweifel, daß nicht lange erlaubt sein darf, was einen Augenblick recht wohl gefiel.

Hungerblöde und Körpermaße. Daß die furchtbaren Zeiten der Hungerblöde während des Krieges für unser Volk wiederzukehren beginnen, ist eine Tatsache, auf die weitläufige Verzie immer nochbrüchlicher aufmerksam machen. Einen Beweis für diese traurige Erscheinung bilden die in großem Umfang und mit höchster Genauigkeit durchgeführten Messungen des Arztes der Gothaer Lebensversicherungsbank, Dr. Franz Fischer, über die er in der „Rheinischen Wochenschrift“ berichtet. Er hat die an den Versicherten gemessenen Maß- und Gewichtszahlen auf ihre Bedeutung für die Volksernährung hin untersucht. Es zeigte sich, daß die Maße und Gewichte von 1915 an langsam sinken und allmählich immer stärker herabgehen bis zu dem Höhepunkt von 1918. Von da beginnt bis zum Anfang 1922, bis wozu die Untersuchung nur reicht, ein allmähliches Aufsteigen. Jedoch ist zu Beginn des 4. „Friedensjahres“ 1922 noch nicht der Stand des Jahres 1915 erreicht. Diese Uvorkrisenbewegung bis 1918, die Erholung bis 1921 wird dann für das Jahr 1922 von einem neuerlichen Uvfall gefolgt. Die Brust- und Bauchmaße bewegen sich in derselben Richtung wie die Gewichtszahlen. Dabei ist es interessant, daß von 1917 ab der Rückgang der Bauchmaße stärker ist als der der Brustmaße. 1919, das noch länger, fast seitlicher Zeit zum ersten Male wieder Auslandszeit brachte, zeigt sofort eine mäßige Besserung. Von 1919 bis 1921 bleibt der Brustumfang derselbe. Die Brust ist nunmehr durch Knochen und Muskelatur in ihrer Form fixiert und hält ihr Maß ziemlich fest. Die Reaktionen erfolgen überhaupt an der Brust viel langsamer als am Bauch. Der Ernährungsrückgang 1922 erfährt Brust sowohl wie Bauch und bringt sie auf das Niveau von 1918 zurück. Bei den hohen Minuserien, die sich hier für die Ernährung ergeben, ist zu berücksichtigen, daß die gemessenen Personen, die in die Lebensversicherung aufgenommen wurden, ein ausgesucht gutes Material darstellten. Der Rückgang der Ernährung, der hier feststellbar ist, muß nun in der Folgezeit die schwersten Einwirkungen auf die Gesundheit haben, namentlich die Tuberkulose fördern, da besonders das Wachstum der Brust gefährdet ist.

Das Moskauer Kammertheater wird Krella „Salome“ wiederholen. Das Götterlied wird verlängert bis Sonntag, Sonnabend: „Marius von Gahlen“, Sonntag: „Prinzessin Brambilla“.

Wilhelm Furtwängler hat von der Berliner Staatsoper einen Antrags als Generalmusikdirektor erhalten; damit sollte auch die Leitung der Sinfonieorchester der Staatsoper verbunden sein. Um die Annahme dieses Antrages zu ermöglichen, wären die guldändigen Stellen bereit gewesen, die Konzerte der Staatsoper und die Sinfonieorchester Konzerte in eine einzige Hand zu legen. Ueberrascht keine Furtwängler ab, da er das Einkommen mit seinen Verbindungen als Dirigent der Leipziger Gewandhaus-Konzerte nicht vereinbar hielt.

Eine Professur für Musiklehre übernimmt an der Berliner Technischen Hochschule der Leiter der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, Dr. Ing. Wilhelm Hoff.

Die Münchener Musikakademie nimmt wegen „Überfüllung“ in Zukunft keine Ausländer mehr auf.



mal Anspruch auf eine völlig gleichwertige Stelle wie jeder andere Beamte, sondern nur auf eine möglichst gleichartige! Nie vorher hat die katholische Kirche solch weitgehende Forderungen an die Schule zu stellen gewagt, wie sie jetzt durch den Kompromißantrag erfüllt werden sollen.

Und für diese Kirchenschule geben Demokraten und die Deutsche Volkspartei ihre bereitwillige Hilfe! Sind wir in Deutschland durch Kriegs- und Nachkriegsnot schon so weit herunter, daß man eine solche Schule dem deutschen Volke zu bieten wagt? Ist die deutsche Volksschullehrerschaft schon so weit in untertänige Abhängigkeit von der Kirche gekommen, daß sie diese Schule nicht einmütig mit Entrüstung ablehnt? Wie weit auch das Bürgerium versagen mag, die Sozialdemokratie wird wie gegen jede Reaktion, so auch gegen die Schulreaktion mit allen parlamentarischen Mitteln kämpfen, und sie wird durch Volksaufklärung dafür sorgen, daß die Massen der Arbeiterklasse dieser geistigen Verflüchtigung nicht gleichgültig zusehen werden.

### Unfall des Genossen Friedrich Geyer.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Friedrich Geyer ist gestern abend beim Verlassen des Reichstages das Opfer eines Unglücksfalles geworden. Er wurde von einem Privatauto angefahren und erlitt dabei eine Handverletzung, Verletzung am Kopf und eine leichte Gehirnerschütterung. Genosse Geyer ist in der Charité untergebracht. Die Ärzte erklären, daß sein Befinden zu Besorgnissen keine Veranlassung gibt, haben ihm aber unbedingte Ruhe für mindestens vierzehn Tage verordnet.

### Die Benzwerke geräumt.

Mannheim, 18. April. (Eigener Drahtbericht.) Heute früh 1/8 Uhr haben die Franzosen die seit dem 31. März besetzt gehaltenen Mannheimer Motorenwerke, vorm. Alfer Benz, wieder geräumt. Am 9. April war bekanntlich eine internationale Kommission hier, die feststellte, daß es sich bei dem Bau der großen Dieselmotoren um keine U-Boot-Maschinen handelt. Nun haben die Franzosen daraus die Konsequenz gezogen und sind abgerückt. Die Arbeit in den Betrieben wird morgen, Donnerstag, wieder aufgenommen.

### Repressalien.

Paris, 18. April. (O.E.) Wegen des Anschlages von Konheide bei Aachen, durch den der Zug, in dem sich der belgische Minister Denege befand, gefährdet gewesen sein soll, beschloß die Rheinlandkommission auf Vorschlag des belgischen Vertreters folgende Strafmaßnahmen: 1. Sofortige Ausweisung der deutschen Eisenbahner, die auf dem Bahnhof von Konheide wohnen. 2. Der belgische Vertreter in Aachen wird eine Verordnung erlassen, in der jeder Verkehr zwischen Aachen und der Grenze von 8 Uhr abends an verboten wird. 3. Eine neue Verordnung wird erlassen werden, durch die der Verkehr zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Deutschland in außerordentlicher scharfer Weise kontrolliert wird.

### Erwerbslosendemonstration in Essen.

Essen, 18. 4. (M.B.) Gestern fand in Essen eine große Demonstration der Erwerbslosen statt. Nach einer Versammlung, in der mehrere Ansprachen gehalten wurden, wurden Umzüge veranstaltet. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

### Deutschösterreich unter Vormundschaft.

Wien, 17. April. (M.B.) Im Nationalrat sagte Bundeskanzler Seipel bei der ersten Lesung der Vorlage, betreffend die zeitweilige Bestellung eines Verwalters bei der Nationalbank: Führende Finanzmänner in London erkannten unserem Finanzminister gegenüber die Notwendigkeit der Bestellung eines Verwalters als Voraussetzung eines vollen Erfolges unserer Anleihe an. Was die große Anleihe betrifft, so haben wir keinen Grund mehr, daran zu zweifeln, daß, wenn nicht ganz unvorhergesehene Ereignisse in der Welt störend eingreifen, wir auch die uns erst wirklich die Sanierung sichern wird, erhalten. Der Bundeskanzler nahm schließlich Stellung gegen den von den Sozialdemokraten eingebrachten Antrag, manach die unbesugte Erteilung von Informationen an den Generalkommissar durch Privatleute zur Veranlassung eines Eingriffs in die inneren Verhältnisse Österreichs als Hochverrat zu bestrafen sei, und bemerkte dazu, die Annahme dieses Antrages könnte den Eindruck erwecken, als ob man irgend etwas zu scheuen hätte und die übernehmene Verantwortung nicht genau erfüllen oder den Generalkommissar in der Ausübung seiner Funktionen beschränken wollte.

Abg. Bauer (Soz.) bekämpfte die Vorlage als eine Ausdehnung der ohnehin drückenden Auslandskontrolle. Der ausländische Sachmann würde nicht einfacher Berater, sondern der Herr über die Bank werden und damit die ganze Geldwährung und Kreditpolitik Österreichs zum Schaden der österreichischen Volkswirtschaft und zum Vorteil des Auslandskapitals beherrschen. Bei dem Antrag Bauer handelte es sich darum, den Leuten das Handwerk zu legen, denen es nicht um die Information des Generalkommissars zu tun sei, sondern darum, im eigenen Interesse ihn zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu veranlassen.

Der Reichspräsident hat die Vorlage in Wien genehmigt. Nach dem vom Kontrollkomitee genehmigten Antragsplan soll die Garantie der verschiedenen Staaten für die von Österreich auszunehmende Anleihe folgendermaßen aufgestellt werden: 130 Millionen Goldkronen, nämlich jener Zeit, aus dem gewis im Jahre 1923 auszunehmende Anleihen zurückgezahlt werden sollen, sind von den interessierten Staaten voll garantiert, die übrigen 520 Millionen Goldkronen zu je 20 Proz. von England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei und 2 1/2 Proz. von Belgien garantiert. Fast 4 Proz. hat die Schweiz übernommen, und der Rest wird sich folgendermaßen verteilen: 5 Proz. Spanien, 2 1/2 Proz. Schweden, 1 1/2 Proz. Holland und 1 1/2 Proz. Dänemark. Das gibt zusammen 66 1/2 Proz. von 520 Millionen, die durch Garantien gedeckt werden. Da jedoch die 130 Millionen, von denen eingangs die Rede war, voll garantiert sind, so erhöht sich, wenn man die ganze Anleihe von 650 Millionen in Betracht zieht, der Prozentsatz der bereits erfüllten und noch zu gewährleistenden Garantien auf 98 Proz. Sollten diese zwei letzten Prozent von keinem Staate übernommen werden, so würde Österreich auch dieser letzten Quote seiner Anleihe nicht verlustig gehen, sondern erwidert sein, diesen kleinen Teil mit der gleichen Sicherheit durch das Latamonspal und die Fülle, wie die übrige Anleihe ohne Garantie fremder Staaten selbst aufzunehmen.

Verdienst Dank. General Le Rond wurde in Rattowitz mit großem Pomp empfangen. Der Woywode hielt eine Ansprache, die vornehmlich ins Französische überlief. Er erinnerte besonders an die polnisch-französische Waffenbrüderschaft.

Freiwilligenpflicht in Polen. Die Militärkommission des polnischen Sejms hat Anträge angenommen, wonach die Dienstzeit 1 1/2 Jahre beträgt und die Frauen von 20 bis 40 Jahren zum militärischen Hilfsdienst verpflichtet sein sollen.

## Verbrechen am Volk.

### Der Milchpreismahnsinn vom Standpunkt der Verbraucher.

In welchem Maße die ständige Milchverteuerung auf breite Bevölkerungskreise aufreizend und verärgertend wirkt, davon zeugt die folgende Zuschrift, die uns aus Bielefeld kommt:

Wieder ist am 16. der Milchpreis heraufgesetzt worden. Der Liter kostet nun 800 M. Seit Wochen verfolgt man mit steigendem Unmut den „Preisabbau“, der hier in Szene geht. Vor Ostern zahlte man 600 M., das Osterefest brachte als Festgeschenk an die Berliner Bevölkerung die Erhöhung auf 800 M., eine Woche später folgte 900 M., und es gehört nicht viel Rechenkunst dazu, herauszubekommen, wann die vierstelligen Zahlen erledigt sein werden. Die Milcharten werden dafür mit dreifachtem Liter statt mit einem ganzen Liter beliefert — hier ist also tatsächlich einmal ein „Abbau“ zu verzeichnen. „Des Ernährungsamts gibt bekannt —“, und immer zahlreicher werden die Mütter, die mit schneidendem Weh zum kleineren Topfe greifen, weil Vater es nicht mehr erzwängen kann, — immer häufiger sieht man die alten, schwachen und kranken Weiblein beim Milchhändler ihre schmutzigen Papierlappen nachsäpfen, um denn mit gramvollem Gesicht und leerem Gesicht nach Hause zu trotzen. Kann denn ein Mensch das noch mitansehen, ohne das ihm die Empörung am Halse würgt? Ist das Ernährungsamt nur eine Registriermaschine, die „bekanntgibt“? Ist da niemand, der auch nur einmal auf den Gedanken kommt: Wir dürfen den Kernsten unter den Gemarterten nicht den Strick kaltblütig enger und enger um den Hals ziehen, weil sie sich nicht mehren? Wir dürfen dem aufwachsenden Geschlecht nicht die notwendige Nahrung entziehen, dessen Kraft das Vaterland so bitter, bitter nötig braucht? Wir dürfen Deutschlands Kinder nicht im Mutterleibe verhungern lassen? Es muß etwas geschehen! Ist da niemand, der die Faust auf den Tisch legt, wo es um die Gesundheit und die Zukunft des Ganzen geht? Wer die Preise hoch treibt, das zu unternehmen muß sich doch wenigstens in diesem Falle ein ehrlicher Fachmann finden, der das Herz und den Mut hat, die Käse eine Rabe und den Bucherer einen Bucherer zu nennen. Wer macht sich am Marke des Volkes teil? Wir Städter glauben dem Bauern, daß auch seine Betriebskosten größer geworden sind, daß auch seine Einnahmen steigen mußten, wenn er bestehen wollte — das wissen wir von uns selbst. Aber wir sehen auch mit unseren sehenden Augen, daß nirgends der Reichtum so zusammenströmt in diesen letzten furchtbaren Jahren der Not und der Entbehrung, wie in der Hand des Bauern. Der Bauer soll gut leben, warum nicht, er hat's ja dafür im Stall, in der Scheune, in der Räuherkammer, er hat's sich erarbeitet. Aber hat es einen Sinn, wenn der Tisch des Bauern zum Osterefest zusammenbricht unter fünf, sechs Arien Kuchen, während die Mütter in der Stadt ihr Kind nicht satt kriegen kann? Man hört im Reichstag doch von Zeit zu Zeit, daß die Landwirtschaft nicht mehr existieren kann. Sie scheint sich doch mühsam über Wasser zu halten, die arme Landwirtschaft!

Das wäre alles so furchtbar lächerlich, wenn es nicht so entsetzlich ernst wäre. — Oder sollte gar der Milchpreis so fortgesetzt klettern, weil das Ernährungsamt seiner zu eigener Unterhaltung bedarf? Jemand muß doch das Geld bleiben, wenn in vierzehn Tagen der Liter — der Liter! das ist eine kleine Schüssel voll — um 160 M. steigt. Wer besteht die bunten Verbraucher, die eben von solchen Dingen keine Ahnung haben. — Oder wollen sich die Verbraucher nicht einmal irgendwo selbst zusammenfinden? Drei machen ein Kollegium — sagt der Bielefelder. Vielleicht, daß man zu dem Entschlusse käme, einmal deutlich zu reden. Wer macht mit?

### Die „Bluthunde Reinkendorfs“.

#### Verhaftung einer Räuberbande.

Die „Reinigung der Bluthunde Reinkendorfs“ nannte sich eine 21köpfige Verbrecherbande, die jetzt von der Reinkendorfer Kriminalpolizei gesprengt und zur Hälfte hinter Schloß und Riegel gebracht wurde. In der Gegend von Reinkendorf, Hohnau usw. wurden seit längerer Zeit zahllose Einbrüche und Diebstähle verübt. Von den Straßenbahnstationen wurden die Kronen heruntergeholt, von den Güllis die Deckel gestohlen usw. Nach langen Beobachtungen gelang es endlich der Reinkendorfer Kriminalpolizei, das Haupt einer Bande zu fassen, die diese Verbrechen planmäßig betrieb. Ein junger Mann namens Bill wurde nach einem Einbruch bei einer Wäscherin, die den Dieben ihre Beute abzulassen pflegte, erwischt. Die „Lieferanten“ begnügten sich aber nicht damit, ihre Beute zu verkaufen, sondern kahlte sie der Käuferin wieder. Es zeigte sich, daß Bill eine Bande von 21 Mann an der Hand hatte, die in den Lokalen Reinkendorfs und am Wedding sich zu versammeln pflegte, um Pläne zu schmieden und mit ihren Mädchen den Erlös der Beute zu verjubeln. Die Gesellschaft nannte sich „Reinigung der Bluthunde Reinkendorfs“. Ihre Mitglieder hatten sich durch Handschlag streng verpflichtet, für einander einzutreten. Sollte dieser oder jener festgenommen werden, so mußten die andern sammeln, um dem Verhafteten eine bessere Verpflegung im Untersuchungsgefängnis zu verschaffen und eine gute Verteidigung zu ermöglichen. Auch die „Freundinnen“ wirkten zum Teil bei den Einbrüchen und Diebstählen mit. Für jede Verhaftung hatte die Bande den Beamten Rache geschworen. Beim nächsten Zusammenstoß sollte es auf Leben und Tod gehen. Auch an etwaigen Verrätern sollte härteste Rache genommen werden. Nach der Festnahme des Hauptlings gelang es bisher, auch 11 Mitglieder zu ermitteln und hinter Schloß und Riegel zu bringen. Die anderen sind noch nicht ermittelt. Mitteilungen, auch sie unschädlich zu machen, nimmt die Kriminalpolizei des Polizeiamts Reinkendorf entgegen. Sie werden vertraulich behandelt.

### Trauerfeier für die Opfer des Flugunglücks.

Die drei Opfer des Flugzeugabsturzes werden am Freitag bestattet. Vorher veranstaltet der Magistrat um 1 Uhr im Rathaus eine gemeinsame Trauerfeier, bei der Oberbürgermeister Bock und Bürgermeister Schneider (Stadtmittler) sprechen werden. Dann folgt die Ueberführung des Stabes der verstorbenen Genossen Böher und des Oberinspektors v. Meißner nach dem Krematorium in der Gerichtstraße, und des Verwaltungsdirektors Vogel nach dem Thomas-Friedhof. Dort finden besondere Feiern statt, an die sich die Bestattung anschließt. Im Krematorium werden an Böhers Sarg die Stadtverordneten Genosse Reimann und Genosse Kreuziger sprechen. (Eintritt zum Stadthaus nur gegen Karten.)

Die sozialdemokratische Stadinerordnetenfraktion ehrte in ihrer gestrigen Sitzung das Andenken unseres so jäh aus dem Leben geschiedenen Genossen Böher durch eine Trauerumgebung. Der Fraktionsvorsitzende, Genosse Reimann, widmete dem Verstorbenen einen tiefempfundnen Nachruf. Der Reichspräsident Ebert hat in einem Schreiben an Oberbürgermeister Bock sein Beileid ausgesprochen.

### Zwei Garner und eine Brant.

Ein Hausdiener M. unterhielt ein Verhältnis mit einem Mädchen, das ihm untreu wurde und jetzt seine Neigung einem Hausdiener Sprenger schenkte. Dieser beobachtete die Geliebte mit allerlei Geschenken, bis er seiner Firma gestohlen hatte. Aber auch das neue Verhältnis zerfiel und das Mädchen kehrte zu seinem alten Verhältnis zurück. Jetzt schrieb Sprenger an M. Erpressungsbriefe, die er mit dem Namen eines Kriminalkommissars unterzeichnete und in dem er auch ein bestimmtes Zimmer im Polizeipräsidium angab. M. dort hinging, ließ er auf den Flur auf einen Mann und trat ihm seine Angelegenheit vor. Dieser, ein gewisser Dombrowski, berichtete ihm, daß die Briefe gefälscht seien und gab ihm auf, bis zu einer bestimmten Zeit sich mit Sprenger zu einigen. Unterdessen

spielte Dombrowski, der sich bei ihm noch allem erkundigt hatte, den Kriminalbeamten, begab sich in die Wohnung des Mädchens, „beschlagnahmte“ die diesem geschenkten Sachen und verkaufte sie für 12 000 M. Das Ende der verzwickten Geschichte war, daß Sprenger und Dombrowski festgenommen wurden.

### Im fünften Jahr der Republik!

Nach der Revolution bot die Deutsche Reichspost viel länger als die meisten anderen Behörden dem deutschen Volk das bestmögliche Schauspiel, daß durch Beibehaltung von alten Stempeln, Formularen, Plakaten und Hausinschriften aus der monarchistischen Zeit immer wieder ihre „kaiserliche“ Vergangenheit bekräftigt wurde, wie wenn die verantwortlichen unteren und oberen Beamten die deutsche Republik zum Gespötte machen wollten. Der „Vorwärts“ hat oft genug aus dem Bereich der Postverwaltung über schlimme Streiche dieser Art berichtet, aber zu dem Tollsten gehört ein Vorkommnis, das noch im April 1923 in Neudamm, dem Paradies der Anti-Republikaner, beobachtet worden sein soll. Eine vor erlichen Tagen aus Hamburg an uns gelangte Zuschrift meldet, daß auf dem Bahnhof der vormals „Großherzoglich“ Mecklenburgischen Sommerfeste Ludwigs-Luft am 5. April 1923 um 1/2 12 Uhr normittags beim Einlaufen des Berlin-Hamburger D-Zuges 4 ein einspänniger gelber Postwagen stand, der durch eine deutlich lesbare Inschrift noch für die „kaiserliche“ Post demonstrierte. Die Wirkung zeigte sich in den Bemerkungen von Reisenden, die bei dem Anblick ihre Wägen machten und erkennen ließen, daß sie zu den Gegnern der Republik gehörten. Wenn in Stempeln und Formularen die Reichspost lange genug sich noch als „kaiserlich“ präsentierte, so konnte man sich verheißeln, das aus Rücksicht irgend eines Beamten zu erklären. Aber die Inschrift eines Postwagens kam doch, möchte man annehmen, nicht bis in den April 1923 übersehen worden sein! Wir würden die uns zugegangene Nachricht nicht für glaubwürdig halten, wenn dergleichen nicht nach allem, was wir in den letzten vier Jahren gesehen haben, der Deutschen Reichspost leider zuzutrauen wäre.

### Die feuerfrende Oberstraße.

Gestern abend gegen 10 Uhr ereignete in der Ebersstraße in Schöneberg plötzlich zwei starke Detonationen, aus der Mitte des Straßenpflasters schlug eine mehrere Meter hohe Stiefkammer empor, und mit großer Gewalt wurden die Pflastersteine in die Höhe geschleudert. In weiter Umgebung versprangen zahlreiche Fensterscheiben. Menschen wurden nicht verletzt. Als Ursache der Explosion wird Kurzschluss der Starkstromleitung, die unter den Straßen läuft, und durch den ein Teil der Gasleitung in Brand geriet, angegeben. Die Unfallstelle wurde nach Abstellung des elektrischen Stromes, wodurch derselbe für weite Kreise im Westen ausgeschaltet wurde, der „Schupo“ zur Verhinderung von Unfällen übergeben. Gleichzeitig wurden die Gas- und Elektrizitätswerke benachrichtigt, die Arbeiter und Ingenieure entsandten, die stundenlang an der Unfallstelle zu tun hatten.

### Ist das nötig?

Der Arbeiter Johannes L. war seit dem 18. Mai 1922 bei der Schutzpost-Gesellschaft in Walsall, Blumenstr. 64, beschäftigt. Seinen Stand als Schutzpuffer hatte er am Anhalter Bahnhof inne. Um diesen Beruf ausüben zu können, bedurfte L. eines polizeilichen Erlaubnisbescheides. Die Firma forderte für ihren Arbeiter einen Erlaubnisbescheid beim Bezirk Halleisches Tor an, wurde aber abgelehnt, da L. vorbestraft sei. Bevor diese Entscheidung bei der Firma eintraf, hatte L. seinen Stand gewechselt und arbeitete nun am Alexanderplatz. Hier lehnte der Bezirk Mitte gleichfalls die Ausstellung des Erlaubnisbescheides ab. Das Verhalten der beiden Bezirke ist unverständlich, denn eine gerichtliche Strafe soll doch eine Erlaubnis für ein Vergehen sein und nach der Verbüßung der Strafe ist die Anwesenheit für die Behörde erloschen.

Das Auto im Landwehrkanal. Wir teilten kürzlich mit, daß am Sonntag früh ein Auto im Wasser des Landwehrkanals stehend am Oberufer Ufer vorgefunden wurde. Dazu erforschen wir, daß die Limousine einem Fabrikbesitzer B. in der Ritterstraße in der Nacht zum Sonntag aus der Garage gestohlen wurde. Anscheinend konnten die Diebe den Wagen nicht registrieren und fuhrten in den Kanal, wobei sie sich selbst aber durch Abpringen in Sicherheit brachten.

Eine Kinderlesehalle in Neudamm. Die Volkshochschule Neudamm eröffnet am 16. April in der Rogatzstraße 11/12 eine Kinderlesehalle. Die Lesehalle ist für Kinder von 8 bis 14 Jahren zugänglich, sie wird vorläufig dreimal in der Woche, Montags, Mittwochs und Freitags von 1/3 bis 1/6 Uhr geöffnet sein.

Ueber Bau und Werden der Welt spricht am Freitag, den 20. abends 7 1/2 Uhr, Astronom Genosse Bürgel in der Turnhalle, Viktorienstraße 29, in Wehlensee.

Der Chauffeur Fritz Obitz, Berlin, Kanstr. 10, littet uns, darauf aufmerksam zu machen, daß er mit dem in unlerer Nachrich Automobil „Schlöcher“ kürzlich genannten Chauffeur Fritz Obitz nicht identisch ist.

### Der Frauenmord im Erzgebirge.

Der Mordprozess gegen den früheren Hufarenleutnant Köhler wird noch weiter die Gerichte beschäftigen. Gegen das Urteil, durch das Köhler wegen Totschlages unter Umhänge mildernden Umständen und Unterschlagung zu 6 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, haben, wie bereits berichtet wurde, Staatsanwalt und Verteidiger Revision eingelegt. Die Staatsanwaltschaft macht geltend, daß das Urteil zur Annahme von Mord hätte gelangen müssen, während die Verteidigung mit der Revision des Prozesses die Freisprechung des Angeklagten anstrebt. Es ist anzunehmen, daß das Reichsgericht bereits im Juni über die Revision entscheiden will, falls, wie man in Juristenkreisen mit Bestimmtheit annimmt, eine neue Verhandlung angeordnet werden sollte, dürfte diese allerdings erst nach dem Gerichtsferien stattfinden.

Arbeitsverweigerung im Brandenburger Zuchthaus. Wie ert jetzt bekannt wird, haben seit Donnerstag voriger Woche die Insassen des Brandenburger Zuchthaus wegen zu schlechter Kost jede Arbeit verweigert. Im Laufe des gestrigen Tages ist die Arbeit wieder aufgenommen worden, nachdem der Präsident des Strafvollzugsamts beim Justizministerium sich persönlich von den Vorgängen im Zuchthaus überführt und mit den Insassen verhandelt hatte. Es ist ihnen bessere Kost versprochen worden.

Der Vulkan Langatagan (Guador) ist wieder in Tätigkeit getreten. Hohe Flammen schlugen aus dem Krater hervor und weißglühende Steine fielen in die Stadt Riobamba und Umgebung. Die Stadt ist von einer Schicht Asche und Sand bedeckt.

### Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Trocken und vielach heiter, nachts sehr kühl, am Tage ziemlich reichliche Erndemung bei schwachen, veränderlichen Winden.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Soz. Männer der Sozialen Partei. Die Parteimitglieder beteiligen sich an der Ernährungsfrage für den sozialistischen Genossen Karl Böber, und hat sich im „Vorwärts“ gelassen gegeben.

Freie Arbeitervereine. Heute abend 7 1/2 Uhr in den Camerius-Hallen, Marmeladenstraße 67, große Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Böber. 1. Die Aufgaben und die gegenwärtige Not der Arbeiterklasse. 2. Schluss.



